

Die **Volkstimme** erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt):
Fr. Hagelweide, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Carl Bankau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiebehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg

Volkstimme

Pränumerando zahlbar
Abonnementpreis:
Bierteljährlich inkl. Beleglohn 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
Für den Expedienten u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk., exkl. Befüllgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zerlegungssätze 72 Pf.
Zusatzgebühren 15 Pf.
Kontingentspreis-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

Nr. 135.

Magdeburg, Freitag, den 12. Juni 1896.

7. Jahrgang.

Der Arbeitsnachweis

Ist gegenwärtig das Stiefkind der bürgerlichen Sozialpolitik und Sozialreformer. Ueberall sind sie eifrig dabei, die „Organisation der Arbeitsvermittlung“ zu verfechten, und ein nationalliberaler Professor zu Freiburg im Breisgau will sogar ein dickleibiges Buch über Arbeitsvermittlung schreiben. Die Leipziger Volkszeitung giebt ihm den sicherlichen wohlgemeinten Rat, es lieber bleiben zu lassen, denn vom Arbeitsnachweis versteht ein einziger Gewerkschaftsvorstand mehr als die gesamte deutsche Professorenenschaft.

Der Arbeitsnachweis ist für jene Leute eine bequeme Gelegenheit, den Arbeitern kostenlos ein „warmes Herz“ zu widmen. Man kann bei der Behandlung dieses Gegenstandes thun, als ob man vor lauter Sorgen um das Wohl der Arbeiter schlaflose Nächte habe, und braucht doch nicht, wie die gottlose Sozialdemokratie, dabei „an den Grundlagen der kapitalistischen Weltordnung zu rütteln“; man kann schön brav und „staatsbehaltend“ dabei bleiben.

Die bürgerlichen Sozialreformer glauben oder stellen sich, als glaubten sie, die Arbeitslosigkeit käme hauptsächlich von dem Mangel an richtiger Arbeitsvermittlung. Wie unbegründet dies ist, brauchen wir nicht erst nachzuweisen. Die Arbeitslosigkeit ist eine unvermeidliche Wirkung der kapitalistischen Produktionsform und damit ist auch die Bedeutung der Arbeitsvermittlung abgegrenzt. Wir wollen die Regelung dieser Frage nicht überschätzen, so wenig wir sie unterschätzen wollen. Nach unseren Begriffen wäre die Lösung derselben sehr einfach; man brauchte alle die Professoren, alle die sozialpolitischen Oberbürgermeister und Magistratsräte nicht, die sich mit der Angelegenheit befassen, sondern man sollte die ganze Arbeitsvermittlung den Gewerkschaften überlassen. Diese Vereinigungen sind die natürlichen Vertrauenszentren für die Arbeiter; hier haben sie mit Arbeitsgenossen zu thun und nicht mit Behörden, die sich gerne als „Vorgesetzte“ benehmen.

Wir wollen nicht bestreiten, daß die kommunale Arbeitsvermittlung an manchen Plätzen den Arbeitern Dienste geleistet hat, schon indem sie die Ausbeutung durch die private Stellenvermittlung beseitigt hat. Andererseits besteht für uns nicht der mindeste Zweifel, daß sehr häufig der Arbeitsnachweis so organisiert ist, daß er eine Waffe in der Hand der Unternehmer gegen die Arbeiter werden kann. Dies geht auch aus dem Bericht hervor, den der Berliner Magistrats-Assessor Dr. Freund über „die Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland“ veröffentlicht hat.

Dieser Bericht ist ein gänzlich einseitiger, denn er berücksichtigt nur die kommunalen und die von Vereinen errichteten Arbeitsnachweise und schließt die Gewerkschaften der Arbeiter aus. Daraus geht hervor, daß der Herr Magistrats-Assessor die von ihm berücksichtigten Arbeitsnachweise für wichtiger und bedeutsamer hält, als die der Arbeiter. Dieser Ueberschätzung macht er aber selbst ein Ende, indem er berichtet, daß er folgende Arbeitsnachweise befragt hat: a) kommunale: Bamberg, Breslau, Cannstadt, Orefeld, Dessau, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Göttingen, Jülich, Schweiler, Gera, Göttingen, Halle, Heilbronn, Hörde, Ipehoe, Kegin, Lüdenscheid, Mülhausen i. Th., München, Nordhausen, Nürnberg, Oberhausen, Ravensburg, Rixdorf, Schlettstadt, Siegen, Solingen, Straßburg i. El., Stuttgart, Trier, Ulm. — b) Vereins-Arbeitsnachweise: Augsburg, Berlin, Bremen, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Essen, Freiburg i. B., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, Mannheim, Mülhausen, Pforzheim, Posen, Wiesbaden.

Die kommunalen Arbeitsnachweise haben zusammen 27 000, die der befragten Vereine zusammen etwa 72 000 Stellen vermittelt. Aber was will das bedeuten bei dem riesenhaften Arbeitsmarkt von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe in Deutschland? In der Stadt Berlin hat der kommunale Arbeitsnachweis etwa 17 000 Stellen vermittelt.

Herr Freund hat sich auch mit der Frage beschäftigt, ob die Arbeitsnachweise bei Streiks ihre Thätigkeit fortsetzen sollen. Herr Freund weiß sehr wohl, daß die Arbeiter mit aller Macht sich dagegen stemmen, daß dies geschieht, allein er ist für Fortsetzung der Thätigkeit in Streikfällen, weil man sonst „Partei nehmen“ würde.

Da hat wieder einmal ein „warmes“ Karthäuserherz seine innersten Falten blicken lassen.

Alle diese bürgerlichen Sozialreformer tragen sonst ein großes Varn an ihre Brust zu sich. Und zu rufen: „Sehet, wir sind nicht wie jene bösen Manchestermänner, die den Schwachen von dem Stärkeren rückwärts niederretzen lassen; wir sind bereit, dem wirtschaftlich Schwachen zu helfen!“ — Aber wer ist denn der

wirtschaftlich Schwache? Der Arbeiter, der Proletarier! Ihm steht als der wirtschaftlich Starke der Kapitalist und Arbeitgeber gegenüber. Bei einem Lohnkampfe ist die Arbeitsvermittlung die einzige wirksame Waffe des Arbeiters. Sehr oft mißt sich der Staat zu Gunsten des Unternehmertums ein, aber die „Sozialreformer“ à la Freund wollen, daß dies auch das Arbeitsamt thut, daß es benutzt wird, dem Unternehmer die Arbeitskräfte zu liefern, deren er bedarf, um die Forderungen der streikenden Arbeiter zurückweisen zu können. Herr Freund will nicht einmal erst untersuchen, ob ihm die Forderungen der streikenden Arbeiter gerechtfertigt erscheinen; er will, daß das Arbeitsamt unter allen Umständen für den Unternehmer Partei ergreift, indem es bei Streiks seine Thätigkeit fortsetzt.

Das nennt man dem wirtschaftlich Schwachen hilfreich beistehen und so kann die Einrichtung des Arbeitsnachweises zu einem Pfahl im Fleische des Proletariats gemacht werden. Es kommt aber auch vor, daß der Arbeitsnachweis, wenn er in Verbindung mit Behörden eingerichtet wird, einen bürokratischen Charakter bekommt. Der hervorragendste derartige Fall wird aus Ipehoe gemeldet, wo der Arbeitsnachweis mit der Kreisverpflegungskasse verbunden ist. Wir wollen uns über das System dieser „Verpflegungskassen“ hier weiter nicht auslassen; wir wissen nur, daß sie von den Arbeitern nicht geliebt werden. Sie sind einfach polizeiliche Einrichtungen und wo man den Arbeitsnachweis mit denselben verbindet, da wird er es auch.

Wir sehen also aus diesen Thatsachen, daß die Arbeiter gar keine Ursache haben, die plötzliche Schwärmerie der „Sozialreformer“ und Sozialpolitiker aller Schattierungen für „Regelung der Arbeitsvermittlung“ allzu hoch anzuschlagen. Es kommt unter dem Mantel dieser Arbeiterfreundlichkeit fast immer ein wenig Pferdesuß zum Vorschein.

Für die Arbeiter kann es, das müssen ihnen die Mittelungen des Herrn Freund wider dessen Willen beweisen, gar keinen vortrefflicheren Arbeitsnachweis geben, als ihre Gewerkschaften.

Diese betrachten es als etwas Selbstverständliches, bei Ausständen die Vermittlung einzustellen und befinden sich damit ganz und voll auf Seite der wirtschaftlich Schwachen, aus denen sie ja selbst bestehen.

Darum mögen die Arbeiter alle diese Professoren, Magistratsräte, Pastoren, Bureaukraten und was sonst noch alles als bürgerliche Sozialpolitiker austrat, sich ruhig weiter darüber herumstreiten lassen, ob die Arbeitsämter im Streikfall den Unternehmern Streikbrecher zuführen sollen oder nicht. Wenn die Arbeiter den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis entsprechend ausgestalten, haben sie von jener Seite nichts zu fürchten.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht

Im Januar d. J. wurde die Ehefrau des Arbeiters Pöter in Gießen wegen **Kaiserbeleidigung** zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Denunziert war die Frau von einer Gastwirtsgattin Krügenberger, mit der sie in Feindschaft lebte. Die Angeklagte beteuerte fortwährend ihre Unschuld und erreichte schließlich, daß das Verfahren gegen sie wieder aufgenommen wurde, nachdem sie dem Gericht einen Entlastungszeugen benannt hatte. Sie erhielt nämlich nach ihrer Verurteilung einen Brief, in welchem ihr ein junger Mann namens Rothe mitteilte, er bedauere, erst jetzt Kenntnis von ihrer Verurteilung erhalten zu haben. Er sei an jenem Abend, an dem die Kaiserbeleidigung begangen sein soll, zugegen gewesen. Er könne beschwören, daß die unter Strafe gestellte Aeußerung nicht gefallen sei. Im Wiederaufnahmeverfahren beschwor Rothe denn auch, daß jene Aeußerung anders gelaute habe und demzufolge von einer Kaiserbeleidigung keine Rede sein könne. Die früheren Belastungszeugen liebten bei ihren Aussagen und die Frau wurde abermals zu 3 Monaten verurteilt, Rothe aber wegen Verdachts, einen Meineid geleistet zu haben, sofort verhaftet. Er stand am 8 Juni in Gießen vor dem Schwurgericht und wurde freigesprochen. An seiner Stelle wurde aber der Arbeiter Pöter in Haft genommen, weil er sich meinedsverdächtig gemacht hat. Wer will hier ein Ende absehen? —

Aufgelöst wurde am Montagabend die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Emden), weil in der Versammlung weibliche Mitglieder anwesend waren. Bekanntlich ist die Zahlstelle Emden, wie die meisten Gewerkschaftsorganisationen in Hannover, für politisch erklärt.

Wegen **Nötigung** ist der Arbeiter Brunner, der Streikbrecher bei der Arbeitsvermittlung in der Höfischen Deckenfabrik in Harburg bedroht haben soll, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Genosse Kunert hat die Aufforderung zugestimmt, am 18. d. eine **dreimonatliche Freiheits-**

Kraße, die ihm wegen Kaiserbeleidigung zudiktirt worden ist, anzutreten; Die Vernehmung Kunerts in eine stille Klause des Gefängnisses zu Rammelsburg wird den Genossen nur neuen Anlaß geben, mit Feuereifer für seine Wahl zu agitieren. —

Der Sohn des Reichskanzlers hat seit seiner Rede über die Gewerbegesetz-Novelle es vollständig mit den Konservativen verdrorben. In der Kreuzzeitung wird jedwede Beziehung der Partei zu diesem Prinzen durch eine besondere Erklärung in Abrede gestellt. Es heißt da: Das „Volk“ bezeichnet den Abg. Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst, den jüngsten Sohn des Reichskanzlers, als Hospitanten der konservativen Fraktion. Das ist unrichtig. Prinz Alexander zu Hohenlohe steht seit der Abstimmung über den russischen Handelsvertrag, also bereits seit Jahren, mit der konservativen Partei in keinerlei Beziehung mehr. —

Die preussische Verfassung sagt, daß „die öffentlichen Ämter unter Einhaltung der von den Gesetzen bestimmten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich sind“. Nun aber hört die Freisinnige Zeitung, vor kurzem habe der Justizminister Schönstedt sich in einer Audienz einem älteren jüdischen Assessor gegenüber, als es sich um dessen Beförderung zum Amtsrichter handelte, dahin ausgesprochen, daß er von dem Grundsatz ausgehe, nur so viele **jüdische Richter** anzustellen, als das Verhältnis der Zahl der christlichen Bevölkerung zur jüdischen Bevölkerung ergebe. Der Minister soll den betreffenden Assessor aufgefordert haben, hiervon seinen jüngeren Kollegen jüdischer Konfession Mitteilung zu machen. „Die Strömung“, soll der Minister gesagt haben, verlange es, daß nicht mehr jüdische Richter als nach Maßgabe der Bevölkerung angestellt würden. Neuerdings wird bestritten, daß der Justizminister eine derartige Aeußerung gethan hat. Mit der Verfassung, durch welche bekanntlich die Gleichberechtigung der Konfessionen sanktioniert ist, würde sich die Aeußerung nicht in Einklang bringen lassen. Uns interessiert die Sache aber weiter nicht. Ob das Messer, mit dem man uns den Hals abschneiden will, nach christlichem Ritus geweiht ist oder nach Knoblauch duftet, ist uns gleichgültig.

Justizminister Schönstedt wird wegen der vorstehend mitgeteilten Proklamierung seines Grundsatzes in der **Anstellung jüdischer Richter** der volle Beifall der antisemitischen und konservativen Presse zu teil. Die Post hält die Beschränkung der Anstellung für gerechtfertigt, weil in vielen Landesteilen den jüdischen Richtern das Vertrauen der Bevölkerung gänzlich fehlen würde. Also das Vertrauen der Kreiseingeweihten ist maßgebend! Wieviel Landräte, Regierungspräsidenten und selbst Oberpräsidenten, den solches Vertrauen mangelt, müßten alsdann von der Anstellung ausgeschlossen sein! —

Dem **Hosprediger o. D. Stöcker**, der den ganzen christlich-sozial-antisemitischen Salat angerichtet hat, an dem sich jetzt, nach fünfzehnjähriger Agitatoren-Thätigkeit dieses ehemals so teuren Gottesmannes, die Anhänger Stumms so schwer den Magen verdrorben haben, widmet die fromme Kreuzzeitung einen tiefempfundnen Nachruf, in dem u. a. folgender launige Satz vorkommt: „Er war jedenfalls der erste, der den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Erfolg in die Volksversammlungen trug.“ „Mit Erfolg“ ist wahrhaft köstlich. —

Für den **Achtuhrladenschluß**, nach den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterstatistik, erklärte sich eine von gegen 400 Personen besuchte und von den deutsch-sozialen Handlungsgehilfen einberufene Handelsangestellten-Versammlung. In Magdeburg schloßen die „deutsch-sozialen“ Handelsangestellten. —

Die Reichseinnahmen für das am 1. April abgelaufene Etatsjahr 1895/96 haben bei der Ist-Einnahme gegen das Etatsjahr 1894/95 ergeben: Zölle 383 242 362 Mark (+ 20 551 378 Mark), Tabaksteuer 10 906 188 Mark (— 423 782 Mark), Zuckersteuer 80 535 083 Mark (mehr 162 898 Mark), Salzsteuer 45 456 602 Mark (+ 1 003 853 Mark), Maßschottsteuer und Branntweinmaterialsteuer 18 207 527 Mark (+ 182 632 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 95 140 810 Mark (— 4 459 690 Mark), Brennsteuer 1 090 775 Mark (+ 1 090 775 Mark), Brausteuer u. Uebergangsabgabe von Bier 27 433 722 Mark (+ 1 963 364 Mark), Summe an Zöllen und Verbrauchsabgaben 662 023 069 Mark (+ 20 081 628 Mark). Hierzu kommen: Steuern für a) Wertpapiere 155 2532 Mark (+ 6 484 551 Mark), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgebühren 19 888 583 Mark (+ 3 481 664 Mark), c) Losen zu: Privatlotterien 3 082 162 Mark (+ 739 607 Mark), Staatslotterien 16 542 449 Mark (+ 4 569 390 Mark), Spielkartenstempel 1 437 997 Mark (+ 38 068 Mark), Wechselstempelsteuer 8 734 508 Mark (+ 586 671 Mark), Post- und Telegraphenverwaltung

287049 616 Marl (+ 17271614 Marl), Reichs-Eisenbahnverwaltung 68545988 Marl (+ 5787945 Marl).

2486. München, 5. März 1896.

General-Kommando.

Belgien.

Mindestlohn für die Staatsarbeiter.

Heute hat die Kammer einen Antrag angenommen, wonach der Minimallohn für sämtliche Unternehmungen des Ministeriums der Eisenbahnen und der öffentlichen Bauten eingeführt wird.

Spanien.

In Barcelona ist aus Anlaß des Dynamittattentats der Belagerungszustand erklärt worden. Der Hauptstadt der Provinz Catalonien, dem industriereichen Barcelona, ist dies nicht das erste Mal widerfahren. Ist doch Barcelona die Stadt Europas, die die meisten Barrikadenkämpfe zu verzeichnen hat.

Türkei.

Aus Kreta meldet die griechische Zeitung „Asty“, das Reformkomitee verlange für Kreta Einsetzung eines Generalgouverneurs unter der Bürgerschaft der Mächte, wirtschaftliche Unabhängigkeit der Insel, Reorganisation der Gendarmerie, Errichtung einer Militärschule in Kanea, ein nur dem Gouverneur, der in seiner Hand die Militär- und Zivilverwaltung vereinigen würde, zustehendes Veto gegen die von der gesetzgebenden Versammlung genehmigten Gesetze.

Vereinigte Staaten.

Unter der Führung des amerikanischen Zuckerkönigs Klaus Spreckels soll eine Gesellschaft zur Einführung des Zuckerrübenbaues und der Zuckerraffination in Kalifornien mit einem Grundkapital von 10 Millionen Dollar gegründet werden.

Militärische Nachrichten.

In dem Einlauf des Kriegsministers. Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der Münchener Post: In der Abend Sitzung des bayrischen Landtages vom 5. Juni meinte der Herr Kriegsminister Freiherr v. Ach unter Heiterkeit des hohen Hauses: Ich habe das besondere Vergnügen, die Münchener Post täglich in meinem Einlauf zu finden, weil auch kein Tag vergeht, ohne daß die Rubrik „Militaria“ darin vertreten ist.

Meines Feuilleton.

Roussaus Klasse in Montmorency.*)

Der kleine Badeort Montmorency liegt drei Stunden von Paris. Die Heldenjagd des Mittelalters weist uns seinen Namen und unwillkürlich denkt man an Turniere und Königshof, an Ritter in schimmerndem Stahl auf rüchelschimmernden Rossen, und an schöne Frauen in Gold und Sammt und Seide; an den Adelsglanz des Mittelalters und an seinen Begleiter: bleiches Volk in Sampan; an die Frucht und den Uebermut, an die Sapper und an die Sipf, an den Reichthum und die Raublust oben — und an die Korbheit, die Unwissenheit, die Armut und die Nechthofigkeit unten.

Der Verlauf der Schwurgerichtssitzung, ausgefallen Betreffs, weist auf die Notwendigkeit einer ständigen Ueberwachung des vorläufigen Betreffs, der Truppen-Menge hin.

In erster Linie erscheint eine genaue Aufsicht auf das Küchenpersonal im allgemeinen, und den Küchenunteroffizier im besonderen geboten, welche sich nicht nur auf die Einkäufe, sondern auch auf die Art der Zubereitung der Speisen zu erstrecken hat.

Zur Vorbringung von Klagen über die Menage erscheinen ganz besonders die zu den Menagekommissionen beordneten Gefreiten und Gemeinen heranzuziehen, deren Mitteilungen an den betreffenden Präses daher unter keinen Umständen als Beschwerden aufzufassen sind.

Ob für die Regimenter „an der polnischen oder russischen Grenze“ ähnliche Verfügungen erlassen sind, entzieht sich unserer Beurteilung.

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht.) Der Fabrikarbeiter Hermann Link, genannt Biedermann, zu Sudenburg, geboren 1869, stach in der letzten Sylvesternacht einen ihm verfeindeten Handelsmann auf der Straße zweimal mit dem Messer in Kopf und Arm.

Gotha. (105 Paar Stiefel unterschlagen.) Der Kammer-Unteroffizier Johann von der 13. Kompanie des hier stehenden 95. Infanterie-Regiments hat sich nach Angaben der Frankfurter Zeitung die Unterschlagung von 105 Paar Stiefeln zu schulden kommen lassen.

Sondershausen. (Aufreizung von Personen des Soldatenstandes zum Angehörigam.) Wegen gemeinsamer Aufreizung von Personen des Soldatenstandes zum Angehörigam wurden am 2. d. Mts. vom Amtsgericht Sondershausen die Genossen Wilhelm Krotz und Albert Voigt zu sechs Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Die beiden Genossen sollten am 13. November 1896 das Plakat „Das Schlachtenjubiläum“ in Sondershausen an im Stadiquartier liegende Soldaten verteilt und sich dadurch oben genanntes Vergehen zu schulden haben kommen lassen.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 11 Juni 1896.

Meine Herren, was machen Sie für Gesetze. Diese Worte des Reichstags-Abgeordneten Richter in der Sitzung am Dienstag legten die Sachverhalte der deutschen Volkswirtschaft in Bewegung. Auf den Augenblick mag diese Verengerung laßhaft erscheinen; in Blickfeld bergen sie aber bitteren Ernst.

Wichtiges aus dem Gerichtssaal. Esig braußt der Nordwind durch die Straßen. Eisfächchen und Schnee fliegen durch die Luft. Die Zuthauerräume der Gerichtssäle sind bis auf den letzten Platz gefüllt.

Zu Gunsten der Bauhandwerker hat der Justizminister unter dem 26. v. M. an alle Amtsgerichte eine Verfügung erlassen, die bestimmt ist, laut gewordenen Klagen von Bauhandwerkern ein Ende zu machen.

Der Buchdrucker-Verein Magdeburg feiert sein diesjähriges Johannsfest am Sonntag den 21. Juni, von morgens 6 Uhr an in Friedrichs Konzert- und Ballhaus.

nachen hier nichts, als das Vergnügen, und fast nirgends wird es ihnen in reichlicherem Maße geboten... Sie thun wohl daran! Hat das lange Leben der großen Mehrzahl des Volkes doch kaum eine andere Freude, als diese Sonntagsergötzen, welche eine Erde voller Arbeit auf eine paar Stunden zum Eden machen!

in dem Laub des Waldes und auf der ganzen Besetzung waren wenige Wohnungen. Rousseau kam auf seinen einsamen Wanderungen zufällig dahin und gewann das friedliche Stübchen Erde so lieb, daß er sich ein Häuschen mietete und mehrere Jahre wie ein Klausner lebte.

*) Aus dem Werke „Roussaus Leben“, S. 3. Fiedler-Verlag.

Abg. Fricker (Kittl) will den Drogenhandel in keiner Weise eingeschränkt wissen, event. will er für den Antrag Gasse stimmen.

Abg. Vangerhans (fr. Sp.) weist auf die Schwierigkeiten bei Ausführung des Gesetzes hin. Die Gefährdung von Leben und Gesundheit der Menschen sei eine in der Luft schwebende Nebenart.

Abg. v. Stumm bezeichnet den Antrag Gasse als einen Scherz im Wasser und beantwortet den Antrag Gasse zu Artikel 5, wonach der Drogenhandel und der Handel mit chemischen Produkten, welche zu Heilzwecken dienen, zu untersagen ist, da dadurch Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet wird.

Abg. Werner (Chr.) spricht für den Kompromißantrag Gasse. Der Reichstag hat keinen Antrag, dem Apothekern zu Heile die Drogenlisten zu schenken. Meine Partei wird für den Antrag Gasse stimmen.

Abg. Kruse (nat. lib.) will den Antrag Gasse annehmen.

Abg. Gise (Cent.) verteidigt den Kompromißantrag, der die Gebiete sehr umgrenzt.

Abg. Vangerhans (frei. Sp.): Ich befreite das letztere. Was dient denn nicht Heilzwecken? Hier eine Unterscheidung zu treffen, ist nicht Sache der Gesetzgebung. Das Register der Drogenlistenwaren müßte erweitert werden. Auch Apotheker lassen sich Kurpfuschereien zu Schulden kommen.

Scheurer-Mistik nimmt die Apotheker gegen diesen Vorwurf in Schutz. Eine Revision des Warenregisters für Drogenlisten wird erfolgen. Wann, vermag ich nicht zu sagen.

Der Antrag Gise wird mit 116 gegen 115 Stimmen angenommen, der Antrag Gasse abgelehnt.

Ohne Erörterung werden die Artikel 5 und 6 angenommen, begl. Artikel 7 und Artikel 7a in der vom Abg. Benzmann vorgeschlagenen Fassuna. Die weitere Beratung wird auf Donnerstag 2 Uhr verlegt. Schluß 6 1/2 Uhr.

In der Budgetkommission wurde am Mittwoch über die Neu-Guineafrage verhandelt. Einstimmig wurde die Forderung abgelehnt, 180 000 Mark zu bewilligen zur Uebernahme der Landesverwaltung im Gebiet der Neu-Guineacompanie auf das Reich. Allseitig wurde hervorgehoben, daß in dem mit der Neu-Guineacompanie abgeschlossenen Vertrag, welcher die Unterlage der Bewilligung bilden sollte, das Reichsinteresse nicht genügend gewahrt worden sei.

Ein Notgesetz.

Heute trat im Reichstage eine freie Kommission zusammen, zu der Mitglieder aller Parteien mit Ausnahme der Konservativen gehören, um eine Vereinbarung über einen Antrag zum Vereinsgesetz zu treffen. Es ist ein Notgesetz vorge schlagen das Inhalts, daß das Verbot des Zusammenbringens politischer Vereine aufgehoben wird, und daß Vereine, die die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben, nicht als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes gelten sollen. Der Prozeß wider die Organisation der Sozialdemokraten zeitigt also praktische Resultate. Ob die Regierung diesem Notgesetz die Zustimmung giebt, steht auf einem anderen Blatte.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat Mai folgende Beiträge eingegangen: Berlin, Beiträge der Parteizelle: 2. R. 1000,— (darunter 9. G. M. 40.65, 1. Rate gesammelt von selbständigen Schu machern am Stammtisch bei Trubach durch Bauer 4.50, 3. Wölfer 2. R. durch Schouheim 26.25.) 4. R. 2000,— (darunter Falkensteinstraße 5 5,—, Eigarrenabfälle 11.80, X-Strahlen 8.50, durch Gänger 2 R. 22,—, Main-Gade 23. Böllmers Sieberei 39.05, Bergolber Musikanten-

Abg. Fricker (Kittl) will den Drogenhandel in keiner Weise eingeschränkt wissen, event. will er für den Antrag Gasse stimmen. ... (List of names and amounts follows)

Für den geschäftsführenden Ausschuss.

A. Gerlich, Eichenstraße 4, I.

Litteratur.

Die lustige Station. Briefe aus und über Würzburg. Von Dindam. So lautet der Titel einer Broschüre, die ... (Review of a book follows)

Vorkaufst bezogen werden. Es ist im deutschen Postzettelungs-Katalog unter Nr. 7083, im bayrischen Postzettelungs-Katalog unter Nr. 7 eingetragen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Haupt-Vertammlung der Deutschen Buchdrucker- (Prinzipal-) Vereins nah einstimmig den neuen Tarif und die Tariforgan sation an. ... (News from Berlin follows)

Vereine, Versammlungen, Vergnügen etc.

Aufruf an die Metallarbeiter von Gr. Ottersleben und Umgegend. Kollegen! Vor einigen Wochen fand hier eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt, in welcher eine Fülle von ... (Call to action follows)

Der Verein der Handelsreisenden (sämtlicher nichtgewerbl. Arbeiter) feiert am Sonnabend, den 13. Juni, sein Sommerfest ... (Event announcement follows)

Wichtigstellung. Die Notiz unter Fernerleben ist dahin zu ergänzen, daß der Lehrer 1600 Mark Gehalt und als Gemeindefreiwil. 400 Mark bezieht. Die Zulage sollte 200 Mark betragen.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and other details. Rows include Augsburg, Dresden, Torgau, etc.

Advertisement for 'Namentlich für Kinder und Kranke ist Kathreiner's Malzkaffee ein vorzügliches Genuss- und Nahrungsmittel' by Dr. Hascheck.

Advertisement for 'Deutsche Pulver-King' and 'Militär-Pulvergeschüt' by Georg Fendler.

Large advertisement for 'Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Magdeburg und Umgegend' held at 'Luisen-Park'.

Advertisement for 'Anspuker!' (ghosts) and 'Homöopathie!' (homeopathy) by Burg b. Magdeburg.